

EINLADUNG

zur 4. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung der Stadt Gummersbach am Donnerstag, dem 26.08.2021, 18:00 Uhr, in der Halle 32, Steinmüllerallee 10, 51643 Gummersbach.

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift der letzten Sitzung
2. Sanierungsmaßnahme Köhlerteich
Vorlage: 04622/2021
3. Sachstand "Soziale Stadt Bernberg"; weiteres Vorgehen
Vorlage: 04615/2021
4. Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung Wasserfuhr - Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: 04616/2021
5. Geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen Ernst-Zimmermann-Straße
Vorlage: 04607/2021
6. Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet
Vorlage: 04608/2021
7. Berufung von Mitgliedern in die Arbeitsgruppe "Straßenreinigung und Bestattungswesen"
Vorlage: 04485/2021/1
8. Informationen zur Stadtentwicklung
9. Informationen zur Digitalisierung
10. Mitteilungen

B. Nicht öffentlicher Teil:

11. Förderantrag Breitbandausbau Weiße Flecken und Gewerbegebiet
hier: Vertragsschluss mit Bieter
Vorlage: 04618/2021
12. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW
Auftragsvergabe
Ingenieurleistungen zur Baumaßnahme "Sanierung Wilhelm-Breckow-Allee / Dr.-Ottmar-Kohler-Straße, 2. BA"
hier: 1. Nachtragsvereinbarung
Vorlage: 04605/2021
13. Auftragsvergabe
Umgestaltung Schulhof Realschule Steinberg, 1. BA
1. Nachtragsvereinbarung
Vorlage: 04602/2021
14. Auftragsvergabe

Ingenieurleistungen zur Sanierung Gesamtschule Derschlag (Leistungsbild Gebäude)
hier: Planungsleistungen, Leistungsphase 8-9 (1. Auftragserweiterung)
Vorlage: 04617/2021

15. Auftragsvergabe
Umbau und Erweiterung Alten- und Jugendzentrum Bernberg, Dachdeckerarbeiten
1. Nachtragsvereinbarung
Vorlage: 04600/2021
16. Auftragsvergabe
Umbau und Erweiterung Alten- und Jugendzentrum Bernberg, Rohbauarbeiten
hier: 2. Nachtragsvereinbarung
Vorlage: 04603/2021
17. Auftragsvergabe
Umbau und Erweiterung Alten- und Jugendzentrum Bernberg, Elektroarbeiten
hier: 2. Nachtragsvereinbarung
Vorlage: 04604/2021
18. Auftragsvergabe
Umbau und Erweiterung Alten- und Jugendzentrum Bernberg, Heizungstechnische Anlagen
hier: 1. Nachtragsvereinbarung
Vorlage: 04611/2021
19. Auftragsvergabe
Umbau und Erweiterung Alten- und Jugendzentrum Bernberg, Fenster- und Türanlagen
hier: 1. Nachtragsauftrag
Vorlage: 04612/2021
20. Auftragsvergabe
"Soziale Stadt Bernberg", hier: Freianlagen Zentrum
1. Nachtragsvereinbarung
Vorlage: 04610/2021
21. Mitteilungen über die Vergabe von Aufträgen im Bereich von 25.000 EUR bis 100.000 EUR
22. Mitteilungen

Gummersbach, den 20.08.2021

gez.

Jörg Jansen
Vorsitzender

Falls Sie verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, informieren Sie bitte Ihre(n) Stellvertreter/-in sowie den Fachbereich Bauverwaltung und Umweltschutz, Frau Hahne, Telefon: 02261/87-2329. Eine Parkkarte für die Ausfahrt aus dem Parkhaus finden Sie zu Sitzungsbeginn auf ihrem Platz.

Mitglieder des Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung:

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

Vorsitzender: Stv. Jörg Jansen

1. Stellvertreter: stv. BM. Jürgen Marquardt

2. Stellvertreterin: Stv. Christine Stamm

CDU

Stv. Uwe Dick

Stv. Reinhard Elschner

AM. Norbert Luhnau

Stv. Jakob Löwen

1. Stv. Dirk Helmenstein

2. Stv. Volker Kranenberg

3. Stv. Björn Rose

4. Stv. Uwe Schneevogt

5. Stv. Jan Simons

6. Stv. Karl-Heinz Richter

7. Stv. Anne Walk

SPD

stv. BM'in. Helga Auerswald

Stv. Uwe Schieder

AM. Sivanujan Sivapatham

1. AM. Gert Daniel

2. Stv. Marion Fuhr

3. Stv. Elisabeth Raupach

4. AM. Christian Weiss

5. Stv. Oliver Kolken

Grüne

Stv. Andreas Dissmann

Stv. Joachim Scholz

1. AM. Christian Teichelmann

2. Stv. Konrad Gerards

3. Stv. Hartwig Steinmetz

4. Stv. Sabine Grützmacher

AfD

Stv. Rainer Degner

1. AM Reinhard Birker

2. AM. Harald Saurien

FDP

Stv. Elke Wilke

1. AM. Marco Domann

2. AM. Ulrich Priesmeier

Linke

Stv. Tom Peetz

1. Stv. Diyar Agu

2. AM. Dirk Johanns

Sachkundige Einwohner

AM. Mustafa Gündesli

1. AM. Vassilios Kanelias

2. AM. Gaetano Rivoli

Sanierungsmaßnahme Köhlerteich**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
26.08.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und digitales beauftragt die Verwaltung die Sanierung/Umgestaltung der Teichanlage Köhlerteich entsprechend der durch Abstimmung mehrheitlich befürworteten Variante weiter zu verfolgen.

Begründung:

Variante A sieht die Wiederherstellung bzw. Sanierung des Dammes vor. Der Teich verbleibt wie im Bestand im Hauptschluss des Bachlaufs und dient der Naherholung. Die Variante A ist als Sanierung im Bestand zu werten und somit von Seiten der Unteren Wasserbehörde geduldet. Zur abschließenden Klärung der Rechtslage wären jedoch noch weitere Abstimmungen innerhalb der Behörde erforderlich. Die Untere Wasserbehörde rät von dieser Variante ab.

In der Variante B soll der Teich aufgegeben und stattdessen ein neuer Gewässerlauf zur Verbindung des ober- und unterwasserseitigen Bachlaufs errichtet werden. Dazu soll der Damm geöffnet werden. Der neue Bachlauf soll naturnah gestaltet in einem gewissen Korridor der eigendynamischen Entwicklung überlassen werden.

Die in der Variante B geplante Maßnahmen können nach dem § 26 LWG NRW (Außerbetriebsetzen und Beseitigen von Stauanlagen) durchgeführt werden und wären aus Sicht der Unteren Wasserbehörde die bevorzugte Variante. Es wäre ein entsprechender Antrag auf Rückbau einer Stauanlage bei der Untere Wasserbehörde vorzulegen.

In Variante C soll der Teich deutlich verkleinert und in den Nebenschluss verlegt werden. Er soll sich im nördlichen Bereich des heutigen Teichs befinden. Im südlichen Bereich soll, wie in Variante B, ein neuer Gewässerlauf zur Verbindung des ober- und unterwasserseitigen Bachlaufs errichtet werden. Hier steht jedoch weniger Platz für eine naturnahe Ausbildung und eine eigendynamische Entwicklung zur Verfügung. Der Damm soll ebenfalls geöffnet werden. Der neue Teich soll über ein Entnahmebauwerk aus dem Bachlauf gespeist und über ein Mönchbauwerk entleert werden.

Bei der Planung der Variante C würde ein neuer Teich entstehen. Dieser bedarf einer neuen Genehmigung nach § 8 WHG.

Über die favorisierte Option der drei vorgenannten Konzepte wird in der Sitzung abgestimmt.

Sachstand "Soziale Stadt Bernberg"; weiteres Vorgehen**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
26.08.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Begründung:

Die Verwaltung hat letztmalig in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 27.06.2019 über den Sachstand zur Umsetzung der Städtebaufördermaßnahme „Soziale Stadt Bernberg“ berichtet.

Sachstand Förderantrag für das Programmjahr 2022

Die Verwaltung beabsichtigt für das Programmjahr 2022 den letzten offenen Programmpunkt des Grundförderantrages zu beantragen und diesen inhaltlich zu modifizieren. Bisher wurde der Programmpunkt B4 „Achse Süd - Aufwertung, Gestaltung und Verbesserung der Wegebeziehungen“ in Höhe von 200.000 Euro noch nicht beantragt.

Ein Teilabschnitt dieser Wegeverbindung ist bereits durch den Programmpunkt B2 „Barrierearme/freie Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes im Ladenzentrum“ verbessert worden. Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahme „Erweiterung des Sportplatzes Bernberg“ des Förderprogramms „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten 2020“ findet eine räumliche und wegemäßige Verknüpfung des Schulstandortes mit dem Sportplatz statt. Diese führt ebenfalls zu einer gestalterischen Aufwertung der sogenannten „Achse - Süd“. Gleichzeitig hat die Erneuerung des Schulhofes zu einer neuen gestalterisch Wegebeziehung des zentralen Bereiches von Bernberg mit dem südlichen Stadtteil geführt. Die Verwaltung schlägt daher nachfolgende inhaltliche Veränderung vor:

Durchführung eines 2. Bauabschnittes des Programmpunktes B2) „Barrierearme-/freie Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes im Ladenzentrum als attraktiver Aufenthalts- und Kommunikationsraum“ in Form einer weiteren Ausstattung durch Spielgeräte und Sitzmöglichkeiten. Hierdurch soll die Aufenthaltsqualität und Belebung des zentralen Bereichs von Bernberg (Stadtteilzentrum - Begegnungszentrum-Schulstandort - Sportplatz - Kindergärten) innerhalb der öffentlichen Flächen weiter gestärkt werden.

Sachstand zu den bewilligten Maßnahmen

A1	Entwicklung eines städtebaulichen Leitbildes	abgeschlossen
A2	Hof- und Fassadenprogramm	befindet sich in der Umsetzung
A3	Stadtteilarchitekt	Beauftragt, steht im Zusammenhang mit dem Hof- und Fassadenprogramm
A4	Erweiterung, Umbau und energetische Sanierung des Jugend- und Altenzentrums	befindet sich in der Umsetzung
B1	Übergeordnetes Grün- und Freiraumkonzept	abgeschlossen
B2	Barrierearme-/freie Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes im Ladenzentrum als attraktiver Aufenthalts- und Kommunikationsraum	befindet sich in der Umsetzung
B3	Achse – Nord, Gestaltung und Verbesserung,	abgeschlossen (Restpflege)
B4	Achse Süd	siehe Förderantrag 2022
B5	Aufwertung und Gestaltung sonstiger Spielspielplätze	entfällt
B6	Aufwertung des Schulhofs	abgeschlossen (Restpflege, Markierungen)
B7	Gestaltung der Stadtteileingänge	entfällt (werden im Rahmen der Straßenbaumaßnahmen durchgeführt)
C1	Architektonische und energetische Aufwertung des Ladenzentrums	private Maßnahme
C2	Aufbau eines Netzwerkes	befindet sich in der Umsetzung
C3	Bürger- und Verfügungsfond	befindet sich in der Umsetzung
D1	Projektmanagement	wurde beauftragt
D2	Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung,	befindet sich in der Umsetzung
D3	Evaluation und Verstetigung	befindet sich in der Umsetzung / nach Abschluss der Gesamtmaßnahme
D4	Erstellen eines integrierten Handlungskonzeptes	abgeschlossen

Der Stand der baulichen Maßnahmen (Stand Mai 2021) ist auch im Internet unter

https://www.stadtimpuls-gummersbach.de/Pano/vtour_2021_04_Bernberg/tour.html

dargestellt.

Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung Wasserfuhr - Aufstellungs- und Offenlagebeschluss**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
26.08.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

Beschlussvorschlag:

1. Gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 und 3 BauGB wird für den im beigefügten Übersichtsplan i. M. 1:5000 durch Umrandung gekennzeichneten Bereich die Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung Wasserfuhr aufgestellt.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung nimmt den Entwurf der Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB durchzuführen.

Begründung:

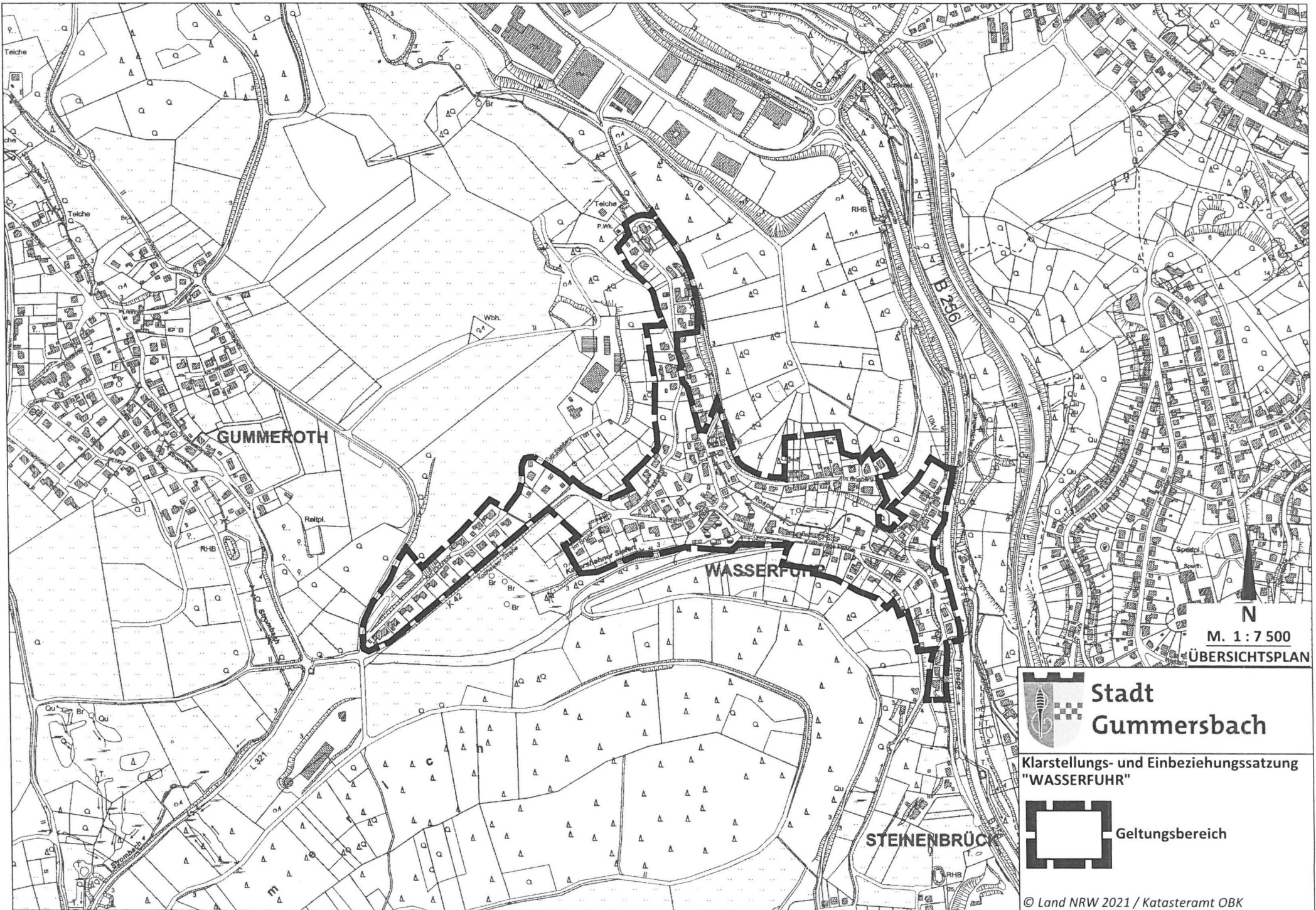
Für den Planbereich wurde im Jahr 2009 die Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung „Wasserfuhr“ erlassen. Diese setzt fest, dass sich alle Grundstücke im Planbereich innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils befinden. Vorhaben in diesem Bereich sind somit nach § 34 BauGB zu bewerten. Zudem setzt die Satzung für einen Teilbereich des Gebietes eine Grünfläche fest. Außerdem ist im nördlichen Bereich der Kotthäuser Straße eine Baugrenze festgelegt, die seinerzeit dazu gedacht war, eine weitere Bebauung nördlich des dort verlaufenden Baches zu verhindern.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist es zu Veränderungen im Bereich der Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung „Wasserfuhr“ gekommen. Hierzu zählen neben den baulichen Veränderungen, z. B. durch Neubau und Abriss von Gebäuden, auch die Veränderung des Bachlaufes nördlich der Kotthäuser Straße. Durch die Entwicklungen ist es in der Vergangenheit häufiger zu strittigen Fragestellungen bei der planungsrechtlichen Beurteilung von Vorhaben im Planbereich gekommen. In Reaktion darauf soll die bestehende Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung an die Entwicklungen im Gebiet angepasst und überarbeitet werden. Da im Baugesetzbuch kein Verfahren vorgesehen ist, um Satzungen nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 und 3 zu ändern, soll eine neue Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 und 3 für den Planbereich aufgestellt werden. Die bestehende Satzung wird somit überplant und verliert dadurch ihre Rechtswirksamkeit.

Der Planentwurf wird in der Sitzung vorgestellt und ist in den Anlagen beigefügt.

Anlage/n:

1. Übersichtsplan
2. Planentwurf



N

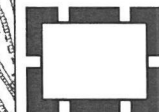
M. 1 : 7 500

ÜBERSICHTSPLAN



Stadt
Gummersbach

Klarstellungs- und Einbeziehungssatzung
"WASSERFUHR"



Geltungsbereich

Geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen Ernst-Zimmermann-Straße

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
26.08.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

Sachverhalt:

Im Zusammenhang mit der Unfallhäufungsstelle der Ernst-Zimmermann-Straße, die der Erschließung des Berufskollegs Dieringhausen dient, plant die Verwaltung die Errichtung von geschwindigkeitsdämpfenden Maßnahmen.

In den Jahren 2017 und 2019 ereigneten sich drei schwere Unfälle mit jeweils einem*r schwerverletzten Fußgänger*in. Die Unfälle lassen sich auf deutlich überhöhte Geschwindigkeiten zurückführen.

Als Sofortmaßnahme wurden am 18.12.2019 zwei Fahrbahnschwellen aus Richtung Berufskolleg kommend vor der ersten Linkskurve installiert. Zudem wurde eine Geschwindigkeitsmessung vor sowie nach Herstellung der Fahrbahnschwellen durchgeführt. Durch die Fahrbahnschwellen konnte eine Reduzierung der Geschwindigkeit sowohl bergauf als auch bergab um durchschnittlich 10 km/h erzielt werden.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Tatsachen wird die Notwendigkeit der Errichtung von dauerhaften geschwindigkeitsdämpfenden Maßnahmen zur Senkung des Geschwindigkeitsniveaus und zur Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit, insbesondere der Schulwegsicherung begründet. Die Ausgestaltung der geschwindigkeitsdämpfenden Maßnahmen befindet sich in Prüfung. Die Mittel stehen im Haushalt zur Verfügung.

Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
26.08.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

Sachverhalt:

Die Stadt Gummersbach arbeitet vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung des Radverkehrs kontinuierlich an Verbesserungen hinsichtlich der Radinfrastruktur. Wie bereits im Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität erläutert, ist spätestens mit dem Erfolg von Pedelecs bzw. E-Bikes auch die Stadt Gummersbach trotz der bewegten Topografie gefordert, sowohl den zunehmenden Radverkehrszahlen als auch den Bedürfnissen von Radfahrenden zu begegnen. Unter anderem die hohe Nachfrage und der stetig zunehmende Verkauf von Fahrrädern, aber auch Messwerte spezieller Fahrradzahlstellen sowie die subjektiv wahrnehmbare Zunahme von Radfahrenden auf den Straßen belegen diesen Trend.

Mit dem Allenradweg und weiteren Radverkehrsanlagen wie zum Beispiel den Schutzstreifen an Hauptverkehrsstraßen und dem ersten Radfahrstreifen im Stadtgebiet sind bereits Angebote geschaffen worden, welche zunehmend genutzt werden. Der Ausbau bzw. die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur wird fortlaufend durchgeführt.

Auch der Nachfrage nach sicheren und trockenen Fahrradabstellanlagen wird begegnet. Im ersten Schritt sind an strategisch sinnvollen Orten wie beispielsweise am Busbahnhof in Derschlag und auf der P+R Anlage in Dieringhausen abschließbare Fahrradabstellanlagen errichtet worden. Diese sind inzwischen freigegeben und mit einem stadtweiten elektronischen Zugang ausgestattet worden, welches sowohl erweiterbar als auch sicher und einfach zu nutzen ist.

Weitere Anlagen werden für die Innenstadt und das Rathaus geplant.

Berufung von Mitgliedern in die Arbeitsgruppe "Straßenreinigung und Bestattungswesen"**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
30.06.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung
26.08.2021	Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen benennen in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung Personen die als ordentliche Mitglieder in die Arbeitsgruppe „Straßenreinigung und Bestattungswesen“ aufgenommen werden sollen.

Nachfolgende Verteilung ist dabei zu berücksichtigen:

CDU (2 Personen)

SPD (1 Person)

FDP (1 Person)

Bündnis 90/Die Grünen (1 Person)

Die Linke (1 Person)

AfD (1 Person)

Begründung:

Die Arbeitsgruppe „Straßenreinigung und Bestattungswesen“ bietet bereits seit einigen Jahren die Möglichkeit, komplexe Themen, wie die Gebührenkalkulationen oder Satzungsänderungen für diese Bereiche, vor Einbringung in den Fachausschuss mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe zu erläutern.

Dieses Verfahren hat sich in den vergangenen Jahren bewährt, so dass auch in dieser Wahlperiode eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll.

Die Besetzung der Arbeitsgruppe erfolgt im Rahmen eines einheitlichen Wahlvorschlages in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung durch zwei Mitglieder der Fraktion CDU sowie je einem Mitglied der SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der AfD-Fraktion.